

Bündnispartner-
Organisation:

Liebe Leser !



Am 25.7.05 fand im Verlags-
haus der „Salzburger Nach-
richten“ eine Informationsver-
anstaltung statt, zum Thema
„**Europa am Wendepunkt**“.
Kommissarin Ferrero-Waldner
und ihre Kollegen Franco
Frattini (ital.) und Jean
Asseldorn (Luxemburg)
saßen am Podium und

berieselten das Publikum – wie nicht anders
erwartet - mit Selbstlob-Sprüchen und vorwiegend
zynischen Ratschlägen. Sinngemäß:

„ Die EU-Bürger müssen nur ein wenig mehr Geduld
zeigen.“ (als die erschreckend hohe Arbeitslosigkeit
angesprochen wurde.)

Anwesende Salzburger NFÖ-Freunde und ich selbst
hatten eine gehaltvolle Diskussion erwartet. Leider
lief es wie bei allen EU-geförderten Veranstaltungen.
Die Bürger wurden in belehr-endem Ton
aufgefordert, sich kurz fassen. Die Antworten der
referierenden Politiker durften „unbegrenzt“ lange
ausfallen und vor allem, sie „mussten“ das erste und
das letzte Wort haben.

Immerhin kam vom luxemburgischen Außenminister
Asseldorn die ungeschminkte und klare Antwort:
„**Ich weiß auch nicht, wohin wir gehen**“, nachdem
er gefragt worden war: „Welches letzte, politische
Ziel peilt die EU an, welche Finalitäten und Grenzen
hat sie sich gesteckt?“

Besonders enttäuschend: Auf die vielen Fragen
gelang es den Referenten, **ausweichend und
nichtssagend zu antworten, wobei das
gutmütige Publikum solches ohne Widerrede
hinnahm.**

Was sollten wir daraus ableiten: Gleich zu Beginn
jeder politischen Veranstaltung zumindest eine
**ausgewogene Redezeit für Redner und
Diskussionsteilnehmer fordern.** Es ist wohl die

oberste Pflicht eines Diskussionsleiters oder
Moderators, sich nach den Redezeit-Wünschen des
Publikums zu richten.

Und nun möchte ich Ihnen, liebe Freunde und
verehrte Leserinnen, noch eine auf-den-Punkt -
gebrachte Erkenntnis von William Somerset
Maugham nahe bringen :

*„In jeder Minute, die man mit
Ärger verbringt, versäumt man
60 glückliche Sekunden“.*

Läßt sich sein Ausspruch nicht auch in diesem
Sinne auslegen ?

„Nicht ärgern, sondern zur Tat schreiten;
das schafft Zufriedenheit und *Gesundheit*“
meint, Ihr

*Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bündnisobmann*

Angetreten zum Rapport

Wer von den wirklichen Zusammenhängen und
Abhängigkeiten keine Ahnung hat, wird über den -
wohl mit Absicht - kurz gehaltenen Beitrag in der
Zeit im Bild 1 am Montag den 20. 6. erstaunt gewesen
sein, in dem man die beiden „EU - Führer“ Juncker
und Barroso beim amerikanischen Präsidenten
antanzen sah. **Kein von langer Hand geplanter
Staatsbesuch**, nein, bloß eine Stippvisite. Und das
kurz nach den für die EU so blamablen und
desaströsen Abstimmungsergebnissen in Frankreich
und Holland und unmittelbar nach dem "Scheitern"
der Verhandlungen für den EU- Haushalt 2007 -
2013 am Freitag zuvor. Bloß ein Wochenende
dazwischen – die Herren scheinen zum Rapport
angetreten zu sein.

Wie ist das möglich, werden sich viele gefragt
haben. Wird ihnen doch ständig vorgesäuselt, dass
die EU eigenständig agiere, einen Gegenpol zu den

*Viele, die auf Kernprobleme hinweisen, werden für Narren
gehalten, wie zum Beispiel Noah. Wir stammen aber alle
von dem Narren ab, die Experten sind ertrunken. (Leopold Kohr)*

USA bilde, eine politische und wirtschaftliche Alternative, vielleicht sogar eine (substantielle) Konkurrenz zu den USA darstelle. Und nun das !

Ehrlich gesagt: **Wir im Bündnis haben uns davon nie täuschen lassen.** Ein Blick hinter die Kulissen des Entstehens und der Geschichte der „Europäischen Gemeinschaften“ und ihrer Folgeorganisationen genügt, um "zu sehen", sofern man es will. So ein kurzes Aufblitzen der Wahrheit zwischendurch, wie in diesen Tagen, ist dann nur eine Bestätigung. Was werden sie wohl geredet haben, die drei ? Oder waren noch andere Personen dabei, von denen wir nichts erfuhren ?

Es wird nicht beim Rapport geblieben sein. Die Strategie des weiteren Vorgehens in dieser für die EU kritischen Situation wird sicher auch festgelegt worden sein. Das heißt für die „Europäer“ also auch: **Angetreten zum Befehls-empfang.** Damit alles so weitergehen kann wie bisher – ungestört von den betroffenen Bürgern.

Hier passt es gut ins Bild, dass Kommissarin Ferrero-Waldner bereits Anfang Juni das Meinungsbild der USA an Ort und Stelle sondiert hat und Außenministerin Plassnik schon einem eventuellen Besuch des US – Präsidenten Bush während der österreichischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 entgegenfiebert. (nos)

= ♪ =



Das EU-Theater—

So sieht die Kronenzeitung den Zustand der EU in einer stark beworbenen Serie im August 2005. Darin werden die EU- „Sünden“ so deutlich wie nie zuvor aufgelistet. U.a. schreibt Kurt Seinitz :

„Ärger als das Demokratiedefizit war die Absicht der Politiker, die Bürger hinters Licht zu führen: Überfallsartig, ohne jede breite europäische Debatte war der Kandidatenstatus der Türkei beschlossen worden.“

= ♪ =

Es gibt Alternativen zur EU

Wie schon im letzten Nachrichtenblatt Nr. 7 angekündigt, folgt hier der zweite Teil vom „**Europa der Demokratien - ED**“, (nach einem Konzept des dänischen EU-Parlamentariers Jens Peter Bonde). Eine von jenem Dutzend alternativer Möglichkeiten, wie die europäischen Länder einander näher rücken könnten (womit sie dann sicher die **notwendige Zustimmung bei den Bürgern** finden würden).

12. KEINE RECHTSETZUNG DURCH DEN GERICHTSHOF

Der Rechtsetzungsaktivismus des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg ist zu beschränken, der Gerichtshof hat die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte zu respektieren.

13. PARTNERSCHAFTSABKOMMEN

Die Mitgliedstaaten und das ED können im gegenseitigen Interesse liegende Partnerschaftsabkommen mit Staaten oder Staatengruppen schließen. Das ED respektiert die parlamentarische Demokratie seiner Partner, es kann ärmere Länder (auch außereuropäische) finanziell unterstützen und fördert Freihandelsabkommen.

14. GENAUERE PRÜFUNG

Der Europäische Bürgerbeauftragte, der Rechnungshof und der Ausschuss für Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments und der einzelstaatlichen Parlamente erhalten Zugang zu sämtlichen Dokumenten und Einblick in alle Finanzkonten.

15. GLEICHHEIT DER SPRACHEN

Bei der Rechtsetzung werden alle Amtssprachen des ED gleich behandelt.

16. VEREINTE NATIONEN

Das ED hat keine eigene Armee. Friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen erfolgen unter dem Mandat der Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Mitgliedstaaten entscheiden selbst, ob sie eine gemeinsame Verteidigung im Rahmen der NATO oder eine unabhängige Verteidigung wünschen oder eine Neutralitätspolitik verfolgen möchten.

= ♪ =

*(Red.: Diese **Alternative zur EU** – mit Ergänzungen durch den NFÖ-Obmann – entstammt einer kürzlich erschienenen Publikation von Jens Peter Bonde, EU-Parlamentarier aus Dänemark.)*

Jugend kann sich bei der EU bedanken

Es ist immer wieder behauptet worden, die EU wäre „eine große Chance“ für die Jugend“. Doch das vor kurzem erlassene Urteil des Europäischen Gerichtshofes zeigt, wie zynisch diese Aussage ist. Wurde bisher die einheimische Jugend beim Zugang zu den österreichischen Universitäten bevorzugt, so darf das in Zukunft nicht mehr so sein. Jugendliche aus dem EU-Ausland mussten einen fixen Studienplatz in ihrer Heimat vorweisen, um bei uns studieren zu können.

Der EuGH sieht darin eine Ungleichbehandlung und fordert einen **gleichberechtigten Zugang von Studenten aus allen EU-Ländern** zu unseren Universitäten. Aufgrund des dadurch erwarteten Andrangs von Studienanfängern, sehen sich nun die Universitäten veranlasst, **Zugangsbeschränkungen für bestimmte Studienrichtungen** zu erlassen.

Um die jungen Leute EU-freundlich zu stimmen – deutlicher gesagt, um sie zu ködern – wurde zwar mit dem ERASMUS-Programm ein Anreiz geschaffen, womit ein- bis zweisemestrige Studienaufenthalte im europäischen Ausland unbürokratischer und bequemer gestaltet werden. Doch wie man nun sieht, dieses "Zuckerl" wird sich für die jungen Österreicher bald ausgelutscht haben!

Wenn es **in Zukunft keinen freien Zugang mehr** zu den österreichischen Universitäten geben soll, so erübrigt sich damit für viele konsequenterweise auch die Möglichkeit eines Auslands-Studienaufenthaltes



Im transitgeplagten Tirol zeigen die Bürger ungeniert was sie von der EU halten (Hemdrücken eines Teilnehmers der Autobahn-Blockade am 27.5.05 in Vomp)

im Rahmen des ERASMUS-Programms.

Sicher, dieser EuGH-Entscheid liegt ganz im Sinne der Parlamentsparteien, doch wird dabei gerne übersehen, dass die Unterrichtsministerin ohne

Österreichs EU – Mitgliedschaft keine Möglichkeit bekommen hätte, ihre Wünsche bezüglich Uni-Zugangsbeschränkungen umzusetzen!

Das dürfte erst der Anfang sein. In manchen EU-Ländern gibt es ja bereits heute diese Hürden für sämtliche Studienrichtungen. Mittelfristig muß in allen Mitgliedsländern damit gerechnet werden.

Dieses EuGH-Urteil ist ein Lehrbeispiel für die **Einmischungs- und Gleichmachungssucht** der Brüsseler- und Strassburger Bürokratie in die internen Angelegenheiten der Staaten.

Die von der EU Angeschmierten sind also nicht nur unsere **Bauern, welche von EU - „Förderungen“ abhängig gemacht werden, sowie die transitgeplagte Bevölkerung und die Arbeiter**, die nicht zuletzt wegen der Osterweiterung um ihre Jobs bangen müssen. Jetzt kommt auch die studierende Jugend, die sich bisher der EU gegenüber besonders kritiklos gezeigt hat, unter die Brüsseler Räder.

Die einen trifft es früher, die anderen später, erspart bleibt es gewiss niemandem, der EU-Realität ins Auge sehen zu müssen. (sz)

= ♪ =

Man kann jemanden erst dann schön finden, wenn man ihn lange kennt und weiß, wie es unter der Haut aussieht.

- Eine alte chinesische Weisheit -

Elektronische Karte (e-card) – wer sagt uns die Wahrheit?

Auf dieser Karte, die ja angeblich nur den Krankenschein ersetzen wird, sollen im Wesentlichen Name, Versicherungsnummer, Krankenkasse und Geburtsdatum gespeichert werden. Vorerst. Bei näherer Betrachtung und bei Anhörung der oberflächlichen Kommentare der verantwortlichen Politiker, denken viele bereits an Erweiterungs-Möglichkeiten, das **Abspeichern von Krankbefunden, Rezepten und sogar von steuerlichen Daten**. Verknüpfungsmöglichkeiten auf dem Zentralrechner eröffnen ungeahnte Missbrauchsmöglichkeiten.

Insofern hat der betroffene Bürger oder die Patientin ein Recht darauf, zu erfahren, was, wo gespeichert wird, **wer zu diesen Daten in Zukunft Zugriff erhält** und vor allem, welche Schutzmechanismen eingebaut sind. Ernstzunehmende Geld- oder Haftstrafen würden z.B. einem **Missbrauch einen sicheren Riegel vorschieben**. Die derzeit angedrohten paar hundert Euro Geldstrafe wegen Datenmissbrauchs schrecken einen potentiellen Täter sicher nicht davon ab, sensible Daten, - z.B.

in Anspruch genommene ärztliche Behandlung wegen Depressionen - in die Öffentlichkeit zu tragen und damit dem Karteninhaber zu schaden. Das positive Argument, man könne sich mit Hilfe dieser elektronischen Karte viele Amtswege und lästige Zettelwirtschaft ersparen, ist im Vergleich dazu zweitrangig. Kann dann jeder Beamte im sogenannten „Amtsweg“ in Krankenversicherungsdaten und eventuell steuerlich zugeordnete Daten Einsicht nehmen?

Es scheint, als hätten „unsere“ Politiker zudem einen neuen Weg gefunden um auch jene Menschen, die nie oder fast nie zum Arzt gehen, zur Kasse zu bitten, denn die Karte kostet, ob benützt oder unbenützt, jeden Bürger - außer Pensionisten und Kinder (was vermutlich nur eine Frage der Zeit sein wird) 10 Euro pro Jahr.

Nicht von der Hand zu weisen ist das Argument, dass die „E-Karte“ einen weiteren Schritt in Richtung „gläserner Mensch“ bedeutet und damit nicht nur **das Aufdecken zum Beispiel von unliebsamen Oppositionspolitikern erleichtert wird**, sondern öffentliche Stellen im Amtsweg (?) und neugierige Arbeitgeber versuchen könnten in Krankengeschichten (und Schwangerschaften oder u.U. steuerlich zugeordnete Daten?) ihrer Arbeitnehmer oder Bewerber zu Selektionszwecken Einsicht zu bekommen.

Wie können wir uns gegen so eine elektronische Zwangsbeglückung zur Wehr setzen ?

Die E- Karte entweder nur mit Protest (schriftlich !) annehmen, wobei dieser ebenso gegen die (der englischen Sprache nicht mächtige Staatsbürger gerichtete,) diskriminierende Verwendung der englischen Bezeichnung gerichtet sein soll.

Die Amtssprache in Österreich ist noch immer Deutsch !

Eine anderes Zeichen des Protests könnte gesetzt werden, indem die E-Karte postwendend zurückgeschickt wird. Ein Krankenschein muß ausgestellt werden, solange die mit Fehlern behaftete Einführungsphase andauert. (pr)

= ♪ =

Wenn ein Mehr an Sicherheit ein Weniger an Freiheit bedeutet, kann man nur hoffen, daß man uns nicht bald die totale Sicherheit garantiert (Dieter Höss)

Der EU-Haftbefehl ist verfassungswidrig !!

Das sagen die Höchstichter unserer nördlichen Nachbarn. Deutsche Bürger dürfen nach dem

Urteilsspruch (vom 18.7.2005) des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe nicht mehr an andere EU-Staaten ausgeliefert werden, auch nicht bei Terrorverdacht (was immer das ist).

Das ist sehr erfreulich und nährt unsere Hoffnung, dass dieses Beispiel in Österreich Schule machen wird !

= ☺ =

Einladung

zum

N F Ö - A k t i o n s t a g

Leitthema: Wählt keine Lügen-Politiker!

Ort: **Wien, 10. Bezirk**

Zeit: **Montag, 26. September 05**

Info-Stand von 9.00 – 17.00 Uhr

Kreuzung Favoritenstraße - Quellenstraße

Informationsabend mit Diskussion

Beginn: 18.30 Uhr

Auch Gäste herzlich willkommen !

Firmenpleitenrekord

Laut „Insolvenzatlas“ stieg die Zahl der Gesamtinsolvenzen im ersten Halbjahr 2005 auf 6889 an. Damit hält unser Land den traurigen Titel des Europameisters bei Firmenpleiten. Ganz zu schweigen von den vielen heimischen Erwerbsbauern, die das Handtuch geworfen haben.

Jeder, der nach einer Erklärung zu diesem Notstand sucht, erhält je nach Interessensgruppe eine andere Antwort. Die politischen Kammern fordern einfach mehr Geld für Ihre eigenen Zwecke, neutrale Steuerberater sehen das Problem in der zu dünnen Kapitaldecke und den zu hohen Abgabeforderungen. Die betroffenen **Unternehmer beklagen die unfaire Konkurrenz aus dem Osten**, zu teure Kredite und die hohen Lohn - und Abgabekosten. Die Wahrheit liegt meist in der Mitte, hat aber noch viele andere Aspekte zu bieten.

So lässt z.B. die Zahlungsmoral der privaten und öffentlichen Hand sehr viel zu wünschen über. Trotzdem fordert der Staat in Österreich vom Unternehmer die ständige Schaffung und Erhaltung von möglichst komfortabel ausgestatteten und dotierten Arbeitsplätzen, die die ausgeplünderten Sozialkassen wieder auffüllen sollen.

Daneben müssen Parteienfinanzierung, Sozialgeschenke für Immigranten und höhere Beiträge für

teure EU-Osterweiterung ungemindert weiterlaufen.

Nach 30 Jahren sozialistischer Herrschaft, wo Unternehmer meist als Ausbeuter und rücksichtslose Egoisten verteufelt wurden, kann man sich nicht eine standhafte Unternehmerschaft erwarten, die trotz überzogener Eingriffe von Gewerkschaft und selbstdarstellenden politischen Parteifunktionären ein neues Wirtschaftswunder erzwingen sollen.

Zu all dem kommt hinzu, dass die EU sich zu einem **monströsen Umverteilungsapparat** entwickelt, bei dem die Nettozahler ihren einstigen Reichtum an EU-Partner wie Spanien, Portugal, Griechenland, Polen und andere abgeben und zugleich neue EU-Oststaaten in die Lage versetzen, durch minimale Steuern und Abgaben hunderttausende Arbeitsplätze aus Österreich und anderen mitteleuropäischen Ländern abzuziehen.

Gleichzeitig strömen Millionen Wirtschaftsflüchtlinge in das Herz Europas und bringen das soziale Netz zum Zerreißen. Diese Prognose wird noch durch EU-Beschlüsse untermauert, Europas Armenhäuser, Rumänien und Bulgarien pünktlich am 1. Jan. 2007 in die EU aufzunehmen. (pv)

= ♪ =

Auf dem Weg zum Überwachungsstaat

Es hat den Anschein, als wären die „Terroranschläge“ in London vom 7. Juli 2005 für die EU-Entscheidungsträger **ein willkommener Anlass** gewesen, um längst geplante Maßnahmen zur möglichst lückenlosen Überwachung der gesamten Bevölkerung durchzuführen.

Auf einem eilends nach Brüssel einberufenen „Sondergipfel“ haben die Justiz- und Innenminister verstärkte Maßnahmen für die Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur (Kraftwerke u.a.), sowie eine vertiefte Koordination zwischen den EU-Ländern im Bereich der Kriminalistik (Datenaustausch u.a.) beschlossen.

Sieht man davon ab, dass es dafür nicht unbedingt die EU braucht, erscheinen diese Maßnahmen noch einigermaßen nachvollziehbar, wenngleich man sich in diesem Fall wie so oft bei Entscheidungen der EU fragen muss, ob es Sinn macht, **alle Staaten über einen Kamm zu scheren**, egal ob es sich um Länder handelt, die wie Großbritannien oder Spanien am Irak-Krieg teilnehmen, oder um Länder, die das nicht tun oder sogar wie Österreich (offiziell immer noch) neutral sind. Denn das alles kostet Steuergeld. **Ist nicht der wirkungsvollste und billigste Schutz vor „Terror“, sich von allen militärischen Aktivitäten im Ausland fern zu halten, wie es unsere Neutralität beispielhaft vorsieht ?!**

Was aber bezweckt man mit der beabsichtigten Speicherung sämtlicher Handy- und E-Mail-Daten, zwölf Monate lang ? Das sind doch zum allergrößten Teil Daten von Personen, die mit dem „Terrorismus“ nicht das Geringste zu tun haben ! Was kann in diesem Zeitraum mit diesen Daten nicht alles gemacht werden ? Und **wer kontrolliert das Löschen dieser Daten** ? Oder sollen sie sowie-so woanders landen, damit ohne Wissen und Kontrolle von oben kein auch noch so unbescholtener Bürger mehr einen Muckser macht ? (nos)

= ♪ =

Die geistige Infiltration

Mit dem Demokratieverständnis steht es gegenwärtig nicht zum Besten, denn **je mehr EU draufsteht, um so weniger Demokratie ist drinnen** ! Mittels Fernsehen und Printmedien wird die große Anzahl derer, die eigenständiges Denken schon verkümmern ließen, ständig und bewusst manipuliert.

Erinnern Sie sich noch an 1994 ? Nach einem Werbetrommelfeuer andersgleichen, haben Zweidrittel der Wähler den EU-Beitritt Österreichs gutgeheißen, weil wir dabei sein müssen, um mitreden zu können! Heute, elf Jahre danach wissen wir alle, was wir noch zu reden oder zu bestimmen haben. Ob Rot oder Schwarz, von der Industriellen-Vereinigung bis zur Gewerkschaft, ja sogar Kirche und Bauernvertreter sahen mit der EU

*Politik ist die Kunst, die Menge zu leiten:
Nicht wohin sie gehen will, sondern
wohin sie gehen soll. (Joubert)*

(Die Umsetzung dieser Definition erleben wir leider tagtäglich)

das Schlaraffenland auf sich zukommen! Nach letzten Umfragewerten Grund einer enormen Ernüchterung, halten zurzeit nur noch 37% der Österreicher unsere EU-Zugehörigkeit für richtig! Diese "Schubumkehr" hat seine Gründe:

Aus dem geträumten „Europa der Vaterländer“ entwickelte sich ein korrupter, bürokratischer Zentralstaat, ferngesteuert aus Nordamerika, von Weltkonzernen durchwoben! **Demokratischer Volkswille wird einfach ignoriert** (nach der Abstimmung in Frankreich u. Niederlanden) oder das Volk erst überhaupt nicht befragt, so wie in Österreich ! Die von uns gewählten "Volksvertreter" im Parlament als "Volksverräter" zu betiteln, scheint nicht so abwegig, denn sie haben (182:1) einer, der nationalen Verfassung übergeordneten, EU-Verfassung zugestimmt ! Und selbst der Bundespräsident hat mit seiner Unterschrift die verlorene Souveränität unseres Staates sanktioniert !

Leopold Figl würde sich wohl im Grabe umdrehen! Es mag eigenartig klingen, doch mit dem Zerfall der Sowjetunion konnte Amerika sein imperialistisches Drängen nicht mehr im Zaume halten, fast am ganzen Globus ist es wirtschaftlich, monetär und militärisch präsent, in jedem Eck der Welt sucht es seine Vorteile. Die Folgen daraus führen immer mehr zum Krieg des kleinen Mannes: dem Terror !

Als sich Frankreich und Deutschland dem amerikanischen Irak-Krieg verweigerten, wurde "drüben" eines klar: Europa müsse künftighin nur mit einer Stimme sprechen und dadurch zum Satteliten der Weltmacht werden. Und genau das durchschauen die Europäer immer mehr, wenngleich deren Regierungen sich wie **Hampelmänner der USA** gebärden. (feh)

Letzte Meldung....

Dem Initiator des Türkei-Volksbegehrens, Dr. Hans-Peter Mayr wurde am 8. August eine Briefbomben-Attrappe zugeschickt. Der Jurist aus Söll in Tirol

vermutet dahinter **Einschüchterungsabsichten**, will jedoch seine Unterschriftenaktion auf keinen Fall stoppen.



Hans-Peter Mayr,
Referent am
Bündnistag im
April 2005

NFÖ - Herbstreise - vom Freitag, 30. 9. bis Sonntag, 2. 10. 05

E i n l a d u n g

zu einer Fahrt durchs Engadin, über den
Bernina-Paß ins Puschlav und Veltlin mit dem

langsamsten Express der Welt
durch den
Festsaal der Alpen

- ☀ **FREITAG** : Vortrag im Hotel Forer, Ladis, Tirol - Oberes Gericht
- ☀ **SAMSTAG** : Tagesausflug mit Bus und Bernina – Gletscher-Express
- ☀ **SONNTAG** : Fahrt mit den Bergbahnen Ladis, Abreise

Anmeldeschluß : 30. August 2005

Informationen + Anmeldung bei Siegfried EDER – Tel. 0 54 72 - 6008
ederbus@gmx.net – Postanschrift : 6522 Prutz am Inn, Mühlberg 266



In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit des Bündnisses unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte!

Falls Sie beiliegend zu unserem Rundbrief einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus öffentlichen Fördertöpfen. Sollten Sie sich zu einer Spende entschließen, die wir auch als eine Zustimmung zu unseren Bemühungen ansehen, so danken wir im Voraus sehr herzlich!

Verantwortlich für Inhalt, Gestaltung und Druck: Bündnis *Neutrales Freies Österreich* – NFÖ, DI. Rudolf Pomaroli,
6020 Innsbruck, Postfach 110, E-Adresse: buendnis@nfoe.at - Bankv.: Volksbank, BLZ 42390, Kt.Nr.: 29637